

FWG Kreis Warendorf e.V. –Die Kreistagsfraktion–Tulpenweg 4 – 59320 Ennigerloh

Herrn

Landrat Dr. Olaf Gericke

Waldenburger Str. 1

48231 Warendorf

Antrag zum Haushaltsplan Haushaltssatzung 2024 - Entwurf -

Sehr geehrter Herr Landrat Dr. Gericke,

sehr geehrte Damen und Herren,

Die FWG-Kreistagsfraktion beantragt:

Für das Haushaltsjahr 2024

- werden die Umlagesätze festgesetzt auf maximal
 - o Kreisumlage 32,5 %
 - o Jugendamtsumlage 22,2 %
- Die Neumöblierung des Sparkassenforums wird nicht umgesetzt
- Im Bereich Immobilienmanagement werden die eingeplanten Puffer um mindestens 20% reduziert
- Im Bereich Kosten der Energieversorgung für Strom und Gas werden die Ansätze für die Haushaltsjahre 2024 und folgende reduziert.
- Die Kostenexplosion im Bereich Verkehrsflächen und -Anlagen, ÖPNV ist zu überprüfen
- Die Ausweitung der regulären Planstellen wird so weit wie möglich zu reduzieren.

Begründung:

Wie bereits bei der Haushaltseinbringung angekündigt, sieht der Kreis Warendorf eine Entlastung der geplanten Kreisumlage von 33% auf 32,6% vor.

Für die Jugendamtsumlage sieht der Entwurf des Haushaltsplanes einen Umlagesatz von 22,4 % vor, der in Anbetracht der großen Belastungen für die Kommunen auf 22,2 % reduziert werden sollte.

Die FWG-Kreistagsfraktion sieht für mindestens 0,1% im Bereich der Kreisumlage und 0,2 % im Bereich der Jugendamtsumlage Entlastungspotentiale in folgenden Bereichen:

- Auf der Seite V48 im Haushaltsplan werden im Bereich der Aufwendungen Steigerungen in Höhe von 43,5% vom Ist-Wert 2022 auf den Planwert 2024 angekündigt. – Realistisch oder mit Sicherheitspuffer geplant?
- Für die Möblierung des Sparkassenforums werden Kosten in Höhe von 100.000 € eingeplant (Produkt 010710 Inv. Nr. 24.23.014). Nice to have, aber notwendig? Die Möblierung ist aus Sicht der FWG-Kreistagsfraktion vollkommen ausreichend und eine Änderung in der aktuellen Situation nicht erforderlich.
- In der Produktgruppe 0107 - Immobilienmanagement, Inv. Nr. 19.23.001 ist ein Puffer in Höhe von 200.000 € eingeplant; zusätzlich unter Inv. Nr. 21.23.003 ein weiterer allgemeiner Puffer in Höhe von 500.000 €. Hier ist eine Reduzierung von mindestens 20% mit leicht gesteigerter Risikobereitschaft und dem Ziel, die kreisangehörigen Kommunen nur im unbedingt notwendigen Maß zu belasten, umsetzbar.
- Im Bereich Energieverbrauch sind im Vorbericht auf der Seite V49 weiterhin steigende Kosten für Strom und Gas zu verzeichnen. Mit den durchgeführten Maßnahmen zur Eigenenergiegewinnung, Umsetzung von Energiesparmaßnahmen im Gebäudesektor, steigender Zahl von Homeofficearbeitsplätzen und unter Anbetracht der sinkenden Preise im Energiesektor, sollten die Werte nicht weiter steigen. Ein weiterer Ansatz zur Optimierung ist der Einsatz von Smarttechnik im Energiebereich.
- Im Vorbericht wird im Bereich der mittelfristigen Finanzplanung auf Seite V64 ein Anstieg der Aufwendungen im Bereich Verkehrsflächen und -Anlagen, ÖPNV im Vergleich zu 2023 um rund 47% von 6.586.274 € auf 9.632.940 € im Jahr 2027 ausgewiesen. Eine Begründung ist im Haushaltsplan nicht zu erkennen.
- Weitere Potentiale ergeben sich aus der Ausgestaltung des Stellenplanes für das Jahr 2024, auf die auch im Bürgermeisterbrief Bezug genommen wird. Dort heißt es auf Seite 5: „Der Kreis Warendorf sollte – wie es sich aufgrund der aktuell flächendeckend angespannten Haushaltssituation in den Kommunen aufdrängt – die laufende Aufgabenkritik noch einmal verschärft ins Auge nehmen. Dabei sollte

wesentlich nicht nur das „Ob“ einer Aufgabe hinterfragt werden, sondern auch das „wie“. , ob dieses Niveau der Aufgabenerfüllung angesichts der aktuellen Haushaltslage noch angemessen ist oder eine Aufgabenerfüllung mit niedrigerem Standard nicht auch zur geforderten Zielerreichung ausreicht.“

Stellenpotentiale für Redundanzen vorzuhalten ist sicher ein lobenswertes Ziel, aber in der aktuellen Situation nicht angemessen.

- Aus Sicht der FWG-Fraktion sind daher im Bereich des Amtes für Informationstechnik und Digitalisierung Einsparpotentiale vorhanden; die Stellen IT-Support für Homeoffice und IT-Infrastruktur sind auf gesamt 2 Stellen zu reduzieren.
- Im Bereich Amt für Hochbau und Immobilienmanagement sieht das Begleitpapier eine Stellenausweitung zur Sitzungs- und Veranstaltungsbetreuung von 0,5 Stellen vor. Genau an dieser Position wird der Bezug zur Forderung der Bürgermeister deutlich.
- Im Bereich der Rechnungsprüfung wird im Haushaltsentwurf auf Seite 59, Produktbereich 010510 eine Stellenanteilerhöhung um 0,15 Stellen ausgewiesen bei 35% Vergaberückgang
- Im Produktbereich 010320 – Kreisarchiv wird in der Erläuterung auf eine Reduzierung von einem VZÄ auf 6 Wochenstunden hingewiesen (entspricht 85%); Reduzierung im Stellenplan jedoch nur um 0,35 VZÄ
- Auch der Bereich Werbung ist ein wichtiger Bereich im Wettbewerb um die „besten Kräfte“. Die Verstärkung um eine Stelle sieht die FWG-Fraktion jedoch nicht in dem Maße erforderlich; besonders unter dem Aspekt der steigenden Einsatzmöglichkeiten von KI.
- Im Kontext der externen Organisationsuntersuchung wurde für den Bereich des Amtes 51 ein Bedarf von 5 zusätzliche Stellen identifiziert. Dass die Umsetzung jedoch in voller Höhe im Jahr 2024 erfolgen muss, ist aus Sicht der FWG-Kreistagsfraktion nicht unbedingt erforderlich; besonders unter dem Aspekt des „nicht ausreichend zur Verfügung stehenden Fachkräftepotentials“.



Freie WählerGemeinschaft Kreis Warendorf e.V.

www.fwg-kreis-warendorf.de

Die Kreistagsfraktion

29. Oktober 2023

Dass die Aufgaben, die von Land und Bund an die Kreise und Kommunen weitergegeben werden zu erfüllen sind, ist unstrittig. Ob jedoch immer im optimierten Umfang, sei dahingestellt.

Mit freundlichen Grüßen

Dorothea Nienkemper

FWG-Fraktionsvorsitzende